

Neue Idee: Bürgerbüro in der Königspassage

Bürgermeister-Kandidat Jan Lindenau (SPD) legt ein Konzept für Stadtteilbüros und Kfz-Zulassung vor – Zurück in die Vororte

Von Kai Dordowsky

Lübeck. Lange Warteschlangen vor den Meldebehörden, unzufriedene Bürger und gestresste Mitarbeiter – damit soll Schluss sein. Der SPD-Politiker Jan Lindenau (37), der im Herbst Bürgermeister werden will, legt jetzt ein neues Konzept vor, mit dem nicht nur an den Symptomen herumgedoktert wird, sondern das „den Bürgerservice neu und viel breiter aufstellt“. Spektakulärer Kern des Lindenau-Konzepts ist die Eröffnung eines Bürgerbüros in der Königspassage – in den leerstehenden Räumen, in denen früher einmal H&M Kleidung verkaufte. Lindenau: „In der Julius-Leber-Straße bleibt der Verwaltungsstandort, in der Königspassage entsteht ein Kundenzentrum nach modernstem Standard.“

Statt im wenig einladenden Wartenraum in der Dr.-Julius-Leber-Straße oder gar auf der Straße zu warten, würden die Bürger einen Lounge- und Wartebereich mit Online-Selbstbedienungszonen betreten, an einem Schnellinfo-Schalter begrüßt und dann von Sachbearbeitern in hellen und freundlichen Bereichen bedient werden. Der SPD-Politiker will in der Innenstadt dann auch Kfz-Zulassung anbieten. Andere städtische Gesellschaften und Bereiche der Stadtverwaltung würden ihren Service ebenfalls in dem Bürgerbüro anbieten. Lindenau: „Das wäre eine deutliche Aufenthaltssteigerung für Mitarbeiter wie Bürger.“ Die nötigen Umbauten „sind keine große Hausnummer“, ist der SPD-Fraktionschef sicher.

„Ich bin von der Idee begeistert“, sagt Meinhardt Krumrei von der Firma Benchmall KG. Krumrei berät einen Projektentwickler, der für die Königspassage einen Investor sucht. „Wir untersuchen gerade, ob sich ein Bürgerbüro umsetzen lässt“, erklärt Krumrei, „die Königspassage könnte zu einem Dienstleistungszentrum werden.“ Die Post und einige Ämter seien bereits in der Immobilie, die Passage liege zentral – und es gebe eine Bushaltestelle direkt vor der Tür. Stadt und Passage würden gleichermaßen davon profitieren, ist Olivia Kempke überzeugt. Die Geschäftsführerin des Lübeck Managements spricht von einer „charmanten Idee“. Das Zentrum würde belebt und die Passage reaktiviert. Zumal es derzeit schwer sei, kleine Einzelhandelsgeschäfte in der Innenstadt anzusiedeln. Kempke: „Das sehen wir ja auch bei der früheren C&A-Immobilie.“

„Fast jeder Standort ist besser als der, den wir im Augenblick ha-



Der Bürgermeister-Kandidat Jan Lindenau (SPD, 37) präsentiert sein Konzept in der Königspassage. Dort will er ein Bürgerbüro unterbringen.

FOTOS: LUTZ ROESSLER, ULF-KERSTEN NEELSEN



Sehr charmant.

Olivia Kempke,
Lübeck Management

ben“, erklärt Innensenator Ludger Hinsen (CDU), der sich mit Lösungen für die Stadtteilbüros und die Kfz-Zulassung herumschlägt. Hinsen hat bereits mehrfach betont, dass die räumliche Situation in der Julius-Leber-Straße auf Dauer nicht haltbar sei. Klar sei aber auch, „dass wir ein solches Konzept nicht mit Bordmitteln umsetzen könnten“, erklärt der Senator, „da müsste die Bürgerschaft beim Personal drauflegen.“

Lindenau will mit seinem Konzept aber auch in die Fläche gehen und damit die Entscheidung der Bürgerschaft von 2014 zurückneh-

Aufgeschoben

Die Bürgerschaft hat am Donnerstag alle Anträge, die sich mit einer Verbesserung der Situation in den Meldestellen befassen, in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung überwiesen. Dort wurden die Anträge zwei Tage zuvor nicht behandelt, weil sie in der Bürgerschaft beraten werden sollten. Die Folge: Die Kücknitzer müssen weiter auf eine Wiedereröffnung ihres Stadtteilbüros warten.

men. Damals beschloss die Stadtvertretung, die Meldestellen vor Ort von sechs auf zwei zu reduzieren. Diese Reform sei falsch umgesetzt worden und habe nicht die erhofften Ergebnisse gebracht. In Moisling oder Buntekuh, in St. Lorenz und nördlich der Trave soll es deshalb Stadtteilhäuser geben, in denen Familien- und Sozialberatung, Nachbarschaftstreffen, Gastronomie, Freizeittreff, Stadtteilbibliothek und ein Versammlungsraum untergebracht sind. Zu festen Servicezeiten bietet die Verwaltung ihre Dienstleistungen mittels eines Bürgerkoffers an – außer die Kfz-Zulassung. Über die konkreten Standorte, über Neubauten oder gemietete Häuser sollen Verwaltung, Politik und Bürger zusammen entscheiden. „In Kopenhagen gibt es solche Stadtteilhäuser schon lange“, sagt Lindenau, „das habe ich mir selbst angeschaut.“

Der Bürgermeister-Bewerber will Verwaltung grundsätzlich anders aufstellen. „Wir müssen den organisatorischen Tunnelblick beseitigen“, sagt der 37-Jährige, „Prozesse und Abläufe müssen aus Sicht der Kunden und nicht aus Sicht der Verwaltungsstruktur gestaltet werden.“ Dazu würden auch einheitliche Formulare und eine einfache Sprache gehören.